

Die Stadtverordnetenversammlung

Tagesordnung I Punkt 2.1 der öffentlichen Sitzung am 17.11.2005

Vorlage Nr. 05-F-24-0006

Solidarität mit Israel und Wiesbadens Partnerstadt Kefar Sava - Dringlichkeitsantrag der Stadtverordnetenfraktionen von CDU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 08.11.2005 -

Beschluss Nr. 0492

Die Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Wiesbaden nimmt mit Empörung und Abscheu die Äußerungen des iranischen Staatspräsidenten Mahmud Ahmadenidschad zur Kenntnis, in welchen er zur "Tilgung Israels von der Landkarte" und zu einer neuen Anschlagswelle gegen den Staat Israel und seine Bevölkerung aufruft.

Unsere Sorge und unsere Solidarität gelten insbesondere den Freundinnen und Freunden in unserer Partnerstadt Kefar Sava. Die Freundschaft unserer Städte und ihrer Bürgerinnen und Bürger, hat sich in den Jahren immer weiter vertieft. Den Menschen in Kefar Sava sagen wir: Das Existenzrecht des Staates Israel in Frieden und gesicherten Grenzen ist für uns unverzichtbar: Das Bekenntnis hierzu ist ein Prüfstein für Menschen und Staaten, die für Demokratie und Menschenrechte eintreten.

Wer zu Mord und Terror aufruft stellt sich außerhalb der Staatengemeinschaft und schadet allen Menschen im Nahen Osten, die auf ein Leben in Sicherheit und Frieden hoffen.

Dem Magistrat mit der Bitte um weitere Veranlassung

Wiesbaden, .11.2005

Thiels

Stadtverordnetenvorsteherin

Der Magistrat -16-

Wiesbaden, .11.2005

1. Dezernat I/10

mit der Bitte um weitere Veranlassung

2. Abdruck:

Dezernat I/16 Diehl

mit der Bitte um Kenntnisnahme Oberbürgermeister